

A N F R A G E von Janine Vannaz (Mitte, Aesch) und Wilma Willi (Grüne, Stadel)

Betreffend Keine Dumpingpreise für Fleisch und andere tierische Produkte

Der nationale Ernährungssystemgipfel in Bern, bestehend aus 40 WissenschaftlerInnen, stellte Anfang Jahr einen Leitfaden vor. Die Empfehlungen decken sich, gemäss Bundesrat Guy Parmelin, mit der zukünftigen Ausrichtung der Agrarpolitik der Bundesregierung.

Die empfohlenen Massnahmen zur Ernährungssicherheit erstrecken sich in den nächsten Jahren über mehrere Phasen.

Bis 2025 soll ein Aufbau eines Transformationsfonds erbracht werden. Zum Beispiel können Weiterbildungsprogramme für Junglandwirte durchgeführt werden. Anschliessend sollen regulatorische Eingriffe wie z.B. erhöhte Zölle für tierische Produkte eingeführt werden. In Phase drei wird der ländliche Raum unterstützt. Angedacht sind Direktzahlungen sowie Steuererleichterungen für LandwirtInnen. Für die vierte Phase schlagen die WissenschaftlerInnen tiefgreifendere regulatorische Massnahmen vor. Dazu gehört ein Verbot von Niedrigpreis-Promotionen für Produkte wie Fleisch, Milch und Eier.

Das Bundesamt für Landwirtschaft (BLW) lässt verlauten: «Rabatte für Fleisch sind oft reine Frequenzbringer, das entspricht nicht der Wertigkeit von Fleisch und ist einem nachhaltigen Konsum nicht förderlich.» Der Grund sei eine schlechte Klimabilanz.

Wir ersuchen den Regierungsrat, aufgrund der oben erwähnten Erläuterungen, um Beantwortung folgender Fragen:

1. Wie steht die Regierung dazu, dass Werbung für Fleisch zum Diskontpreis und für Billig-Fleisch in Zukunft gemäss Phase 4 nicht erlaubt sein sollte?
2. Was unternimmt der Regierungsrat, damit Tiere nicht zum Spottpreis angepriesen werden und die Wertschätzung für das Lebewesen besser ausgestaltet wird?
3. Welche Schritte sind auf kantonaler Ebene nötig und möglich, um Fleischaktionen Einhalt zu gebieten?
4. Wie könnte ein nachhaltiger Fleischkonsum ausgestaltet sein?

Janine Vannaz
Wilma Willi